

## Entschließungsantrag

der AfD-Fraktion

ZU:

**Antrag der Fraktion DIE LINKE - Staatliche Beteiligung an der Raffinerie PCK Schwedt zur Sicherung kritischer Infrastruktur und des Industriestandortes Schwedt notwendig - Drucksache 7/7199 vom 14.02.2023**

### **Deutsche Interessen durchsetzen: PCK Schwedt sichern**

Die Landesregierung wird aufgefordert, sich auf allen Ebenen dafür einzusetzen,

1. dass Deutschland, gleich dem Nachbarland Polen, ein Erdölembargo nicht freiwillig durchsetzt, sondern die Durchleitung russischen Erdöls bis zum Ende der laufenden Verträge erlaubt,
2. die neue Pipeline von Rostock bis Schwedt entgegen den Empfehlungen der Bundesregierung zu bauen, um die Versorgung der PCK Schwedt und Deutschlands auf eigenem staatlichen Boden zu sichern,
3. eine Enteignung der Anteilseigner der PCK Schwedt in jedem Falle zu verhindern.

### Begründung:

Der Antrag der Fraktion Die Linke im Landtag Brandenburg „Staatliche Beteiligung an der Raffinerie PCK Schwedt zur Sicherung kritischer Infrastruktur und des Standortes Schwedt notwendig“ (Drucksache 7/7199) geht praktisch von der Enteignung durch und für jenen Staat aus, dessen Handeln die Krise des Standortes verstärkt hat. Der Antrag drückt sich vor notwendigen Forderungen, die den Standort tatsächlich sichern könnten. Kurzfristig handelt es sich um das Erdölembargo und langfristig um den Ausbau deutscher Infrastruktur.

Die Republik Polen hält bis zum Auslaufen der eigenen Lieferverträge mit Russland im Jahr 2024 seine Versorgungswege offen. Daher entfällt der letzte Grund, ein freiwilliges Embargo aufrechtzuerhalten, da das christliche und im Ukraine-Krieg sehr engagierte Land Polen die Versorgung der eigenen Bevölkerung richtigerweise obenan stellt.

Zeitliche Gründe hinsichtlich der Baufertigstellung einer neuen Pipeline in etwa vier Jahren sind ebenso unerheblich wie die Nichtbeteiligung privater Interessenten. Entscheidend sind die neuesten verheerenden geopolitischen Erfahrungen und die Zerstörung deutscher Infrastrukturprojekte. Staatliches Handeln ist beim Bau der Pipeline von Rostock notwendig, eine Enteignung des Standortes Schwedt hilft niemandem.

Eingegangen: 21.02.2023 / Ausgegeben: 21.02.2023

Seit Mai 2022 wird über die Sicherung des Betriebes der Raffinerie PCK Schwedt diskutiert. In der Sitzung des AWAE am 7. Februar 2023 wurde nun der Zeitraum nach Ostern 2023 für eine Stabilisierung des Betriebs der PCK auf niedrigem Niveau in Aussicht gestellt. Das Vorhaben zur Umstellung auf Wasserstoff ist dabei genauso fragwürdig wie z. B. der Umbau von Pipelines für die Durchleitung von Wasserstoff. Deutschland braucht vielmehr Energie-sicherheit, erst dann können solche Zukunftsprojekte zusätzlich und sicher geplant werden. Die Erkenntnisse, welche die Abgeordneten in der Sondersitzung des Wirtschaftsausschusses am 7. Februar 2023 zu beihilferechtlichen Schwierigkeiten und zur Verlässlichkeit europäischer Partner gewonnen haben, lassen die hier aufgestellten Forderungen als notwendig erscheinen, wohingegen eine Enteignung weder zu einer kurz- noch zu einer langfristigen Sicherung des Raffineriestandortes PCK Schwedt führen wird.